

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

1. Förderrichtlinie zur Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen der Gemeinden gemäß § 38c in Verbindung mit § 38b Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz
2. Förderrichtlinie zur Finanzierung des Einsatzes von Stützkräften in Kinderbetreuungsgruppen mit Einzelintegration gemäß § 38c in Verbindung mit § 38 Abs. 2 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz
3. Abgabenertragsanteile der Gemeinden 2010
Verbraucherpreisindex für November 2010 (vorläufiges Ergebnis)

Geschätzte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister! Werte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!

Mit mehr als 316.000 unselbständig Beschäftigten und einer Arbeitslosenquote von 5,3% nimmt Tirol im Bundesländervergleich einen Spitzenplatz ein. Aber auch europaweit, steht Österreich hinter Luxemburg auf dem hervorragenden zweiten Platz was die Beschäftigungszahlen in unserem Land betrifft. Auch wenn die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise noch da und dort zu verspüren sind, so verspürt die heimische Wirtschaft einen Aufschwung und auch der Tourismus präsentiert gute Zahlen. Ich orte Optimismus bei den Tirolerinnen und Tirolern und gehe mit Zuversicht in ein erfolversprechendes Arbeitsjahr 2011.

Trotz der angespannten Budgetlage haben das Land Tirol und die Gemeinden aber auch im Jahr 2010 Jahr wieder viel Geld zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger in die Hand genommen. So konnte etwa mit den an die Gemeinden im Jahr 2010 ausgeschütteten 82 Mio. Euro wiederum ein Investitionsvolumen von geschätzten 300 Mio. Euro ausgelöst werden, welche als wichtiger regionaler Konjunkturimpuls gewertet werden dürfen.

Die Tiroler Landesregierung bekennt sich eindeutig zur regionalen Vielfalt in Tirol und zu einer starken regionalen Infrastruktur. Das Land Tirol ist ein verlässlicher Partner der Gemeinden und wird deshalb auch im heurigen Jahr wieder sehr viel Geld in die Hand nehmen – denn die Gemeinden sind das Fundament unseres Landes.

Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung konnte im vergangenen Jahr vieles für die Gemeinden erreicht werden. Die Novellierungen des Raumordnungsgesetzes und des Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes aber auch die Angleichung des Tiroler Veranstaltungsgesetzes als eine notwendige Folge der Änderung des Glücksspielgesetzes durch den Bund sind weitere notwendige Schritte, die in den nächsten Monaten anstehen.

Bei der Mitte Jänner stattgefundenen Regierungsklausur haben wir auch die Marschrichtung für die kommenden Monate festgelegt. Neben dem Schwerpunkt Arbeitsmarkt haben wir auch eine Gesundheitsoffensive beschlossen, in deren Rahmen in den nächsten 10 Jahren insgesamt 680 Mio. Euro in den Ausbau der Krankenhäuser in unserem Land fließen werden – zur bestmöglichen Versorgung aller Tirolerinnen und Tiroler!

In enger Zusammenarbeit mit den Tiroler Gemeinden wird die Tiroler Landesregierung auch weiterhin bemüht sein, für alle Tirolerinnen und Tiroler notwendige und nachhaltige Entscheidungen zu fällen.

Euer Günther Platter
Landeshauptmann von Tirol

1.

Förderrichtlinie zur Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen der Gemeinden gemäß § 38c in Verbindung mit § 38b Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz

I. Gesetzliche Bestimmungen

1) Gemäß § 38 Abs. 1 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz hat das Land Tirol Erhalter von in Tirol betriebenen Kinderbetreuungseinrichtungen nach Maßgabe der §§ 38a und 38b zu fördern. § 38b Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz ist die Grundlage für die Förderung der Gemeinden.

Gemäß § 38c Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz ist die Abwicklung der Beitrags- und Förderleistungen nach dem § 38b Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz (Förderung der Gemeinden) durch Richtlinien der Landesregierung näher zu regeln. Diese haben insbesondere nähere Bestimmungen über die Voraussetzungen, die Höhe und die Geltendmachung einschließlich der Vorlage erforderlicher Unterlagen, das Verfahren, die Auszahlungsmodalitäten sowie die Rückabwicklung und den Widerruf im Fall der Nichteinhaltung der gesetzlich oder in den Richtlinien bestimmten Voraussetzungen zu enthalten.

2) § 38b Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz (Förderung der Gemeinden) muss nur in einigen Punkten durch Ausführungsbestimmungen ergänzt werden (siehe Punkt II. dieser Richtlinie).

§ 38b Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz lautet wie folgt:

(1) Für die Gemeinden als Erhalter von Kinderbetreuungseinrichtungen besteht die Förderung nach § 38 Abs. 1 aus

a) einem Beitrag zum Personalaufwand für den Einsatz von pädagogischen Fachkräften und Assistenzkräften mit Ausnahme von Stützkräften im Ausmaß des Mindestpersonaleinsatzes nach § 29 (**siehe Ausführungsbestimmungen Punkt II. lit. a**), der für deren Heranziehung

1. während der halbtägigen Wochenöffnungszeiten sowie

2. außerhalb dieser Zeiten entsteht, und

b) einem nach § 38a Abs. 4 lit. a und b in Verbindung mit § 38a Abs. 2 zu berechnenden Zuschlag für bestimmte Mehrleistungen (**siehe Ausführungsbestimmungen Punkt II. lit. b**).

(2) Der Personalaufwand nach Abs. 1 lit. a setzt sich aus den Bezügen, Zulagen, Nebengebühren, Geldaushilfen, Reisegebühren und Mehrleistungsvergütungen der eingesetzten pädagogischen Fachkräfte und Assistenzkräfte mit Ausnahme der Stützkräfte zusammen. Dienstgeberbeiträge, Abfertigungen und Zuwendungen aus Anlaß von Dienstjubiläen sind nicht zu berücksichtigen (**siehe Ausführungsbestimmung Punkt II. lit. c**).

(3) Halbtägige Wochenöffnungszeiten sind die Wochenöffnungszeiten während des Kindergartenjahres bis einschließlich 25 Stunden.

(4) Für die Berechnung des Beitrages nach Abs. 1 lit. a Z. 1 ist zunächst die Summe des dort angeführten Personalaufwandes in jedem politischen Bezirk zu bilden. Von dieser Summe werden jeweils bezirksweise die von den Eltern nach § 39 Abs. 1 für die Kinderbetreuung während der halbtägigen Wochenöffnungszeiten geleisteten Entgelte in Abzug gebracht. Schließlich werden 50 v. H. des sich daraus ergebenden Ausgangsbetrages auf die einzelnen Gemeinden des jeweiligen politischen Bezirkes aufgeteilt. Hierbei sind für jede Gemeinde zu berücksichtigen:

a) die Finanzkraft nach § 15 Abs. 4 fünfter Satz des Tiroler Grundsicherungsgesetzes, LGBl. Nr. 20/2006, in der jeweils geltenden Fassung,

b) der Personalaufwand und

c) die von der Gemeinde nach § 39 Abs. 1 eingehobenen Entgelte für die Kinderbetreuung während der halbtägigen Wochenöffnungszeiten (**siehe Ausführungsbestimmungen Punkt II. lit. d**).

(5) Für die Berechnung des Beitrages nach Abs. 1 lit. a Z. 2 ist zunächst die Summe des dort angeführten Personalaufwandes in jedem politischen Bezirk zu bilden. Von dieser Summe werden jeweils bezirksweise die von den Eltern nach § 39 Abs. 1 für die Kinderbetreuung außerhalb der halbtägigen Wochenöffnungszeiten geleisteten Entgelte in Abzug gebracht. Schließlich werden für den Förderungszeitraum bis zum 31. Dezember 2013 65 v. H. des sich daraus ergebenden Ausgangsbetrages, für den Förderungszeitraum nach diesem Zeitpunkt jedoch 50 v. H. des Ausgangsbetrages auf die einzelnen Gemeinden des jeweiligen politischen Bezirkes

aufgeteilt. Hierbei sind für jede Gemeinde zu berücksichtigen:

- a) die Finanzkraft nach Abs. 4 lit. a,
- b) der Personalaufwand und
- c) die von der Gemeinde nach § 39 Abs. 1 eingehobenen Entgelte für die Kinderbetreuung außerhalb der halbtägigen Wochenöffnungszeiten (**siehe Ausführungsbestimmungen Punkt II. lit. d).**

3) **Voraussetzung für die Förderung** ist gemäß § 38 Abs. 4 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz, dass

- a) die gesetzlichen Bestimmungen über die Gruppengröße und den Mindestpersonaleinsatz eingehalten werden,
- b) die Kinderbetreuungseinrichtung nicht in Gewinnerzielungsabsicht betrieben wird und
- c) die Kinderbetreuungseinrichtung zumindest während des gesamten Kindergartenjahres geöffnet ist.

II. Ausführungsbestimmungen

a) Personalkosten, welche pädagogische Verbesserungen wie kleinere Gruppen (= Verzicht auf die im Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz vorgesehenen Übergangsbestimmungen) oder einen besseren Betreuungsschlüssel (z. B. jede Gruppe mit einer pädagogischen Fachkraft und einer Assistentkraft besetzt) ermöglichen, können für die Berechnung der Landesförderung nach Maßgabe der budgetären Bedeckung und auf Antrag der Gemeinde berücksichtigt werden.

Sollten die Personalkosten der Assistentkräfte vom AMS gefördert werden, so ist diese Förderung von der Landesförderung in Abzug zu bringen.

b) Die Gemeinde erhält eine Förderung für den organisatorischen Aufwand in einer Kinderbetreuungsgruppe, welche ein Mittagessen anbietet. Da meist Kinder aus verschiedenen Gruppen einer Kinderbetreuungseinrichtung zusammengezogen werden, wird festgelegt, dass bei einer durchschnittlichen Anzahl von bis zu 15 verabreichten Mittagessen am Tag der Zuschlag ein Mal, von durchschnittlich 16 bis 30 verabreichten Mittagessen am Tag der Zuschlag zwei Mal, usw. gebührt.

c) Dienstgeberbeiträge im Sinne des § 38b Abs. 2 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz sind auch Beiträge zur Sozialversicherung, zur betrieblichen Vorsorge, zur Pensionskasse und zum Familienlastenausgleichsfonds.

d) In den Abs. 4 und 5 des § 38b Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes wird die Art der

Berechnung des jeweiligen Landesanteiles am Personalaufwand vorgegeben. Die Berechnung der Höhe der Förderung für die einzelnen Gemeinden wird folgendermaßen vorgenommen:

Zunächst ist für jede Gemeinde das Verhältnis zwischen den halbtägigen bzw. den ganztägigen und ganzjährigen Öffnungszeiten aller Gruppen in den Kinderbetreuungseinrichtungen der Gemeinde zu bilden.

Die gesamten Personalkosten aller pädagogischen Fachkräfte und Assistentkräfte, welche in einer Kinderbetreuungseinrichtung einer Gemeinde während dem Förderjahr (Kalenderjahr) angestellt waren, werden aliquot und pauschal den halbtägigen bzw. den ganztägigen und ganzjährigen Öffnungszeiten zugeordnet.

Vom sich dadurch ergebenden Personalaufwand jeder Gemeinde für die halbtägigen bzw. ganztägigen und ganzjährigen Öffnungszeiten sind die von der Gemeinde jeweils eingehobenen Elternbeiträge abzuziehen. Dies ergibt den Ausgangsbetrag, von dem gemäß der Finanzkraft der Gemeinde ein Zu- oder ein Abschlag vorgenommen wird.

Herangezogen wird die Finanzkraft pro Einwohner jeder Gemeinde („Kopfquote“) gemäß den Daten des Jahres vor dem betreffenden Förderjahr.

Die Gemeinden eines Bezirkes werden nach ihrer so ermittelten Finanzkraft gereiht. Bei der finanzstärksten Gemeinde im Bezirk wird ein Abschlag von 5% des Ausgangsbetrages und bei der finanzschwächsten Gemeinde ein Zuschlag von 5% vorgenommen. Bei den übrigen Gemeinden werden entsprechend ihrer Finanzkraft aliquot Zu- oder Abschläge innerhalb der Bandbreite von 5% Zuschlag bzw. 5% Abschlag vorgenommen. Eine „durchschnittliche“ Gemeinde (durchschnittliche Finanzkraft pro Kopf des Bezirkes) erhält genau 50% (halbtägig) bzw. 65% (ganztägig und ganzjährig) ihrer diesbezüglichen Personalkosten.

Im Ergebnis bewirkt die Bandbreite der Berücksichtigung der Finanzkraft, dass maximal 55% (halbtägig) bzw. 70% (ganztägig und ganzjährig) für die finanzschwächste Gemeinde eines Bezirkes und minimal 45% (halbtägig) bzw. 60% (ganztägig und ganzjährig) für die finanzstärkste Gemeinde eines Bezirkes ausgeschüttet werden.

III. Auszahlungsmodalitäten und Übergangsbestimmungen

Die Förderung der Gemeinden erfolgt nunmehr auf Basis des Personalaufwandes in einem Kalenderjahr (= Förderjahr) und erstmalig für das Jahr 2011.

Da die Höhe der Landesförderung erst nach Abschluss des Förderjahres berechnet werden kann (für 2011 erstmals im Frühjahr 2012), sind für das Jahr 2011 Übergangsbestimmungen festzulegen:

- Die den Gemeinden für die Monate September bis Dezember 2010 zustehenden Förderungen (4/10 der Jahresförderung) werden nach den Förderbestimmungen gemäß dem Tiroler Kindergarten- und Hortgesetz, LGBL. Nr. 14/1973, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 28/2010, im März/April 2011 ausbezahlt (vgl. die Übergangsbestimmung § 51 Abs. 4 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz).
- Im September/Okttober 2011 werden 50% der fiktiven Fördersumme, welche die Gemeinden nach den Förderbestimmungen des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes für das Jahr 2010 erhalten hätten, ausbezahlt.

Ab dem Jahr 2012 erfolgen während des Förderjahres eine pauschale Akontierung im Herbst im Ausmaß von 50% der Vorjahresförderung und eine Endabrechnung im Frühjahr des Folgejahres des Förderjahres.

IV. Sonderfinanzierung

Sollten Gemeinden nach den Förderbestimmungen des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes weniger Förderung erhalten als nach der früheren Rechtslage des Tiroler Kindergarten- und Hortgesetzes, so kann das Land auf Antrag der Gemeinde und nach Maßgabe der budgetären Bedeckung eine Sonderförderung bis zu einem Höchstbetrag von € 10.000 / Jahr pro Gemeinde, maximal jedoch die Differenz zwischen der „alten“ und der „neuen“ Förderung, vergeben. Der Höchstbetrag ist nach Finanzkraft der Gemeinde wie folgt zu verändern:

Die finanzielle Leistungskraft pro Einwohner wird für jede Gemeinde wie unter Punkt II. beschrieben berechnet. Die Höhe des Auszahlungsbetrages bestimmt sich nach dem Verhältnis der Leistungskraft der betreffenden Gemeinde zum Landesdurchschnitt aller Tiroler Gemeinden und beträgt folgenden Prozentsatz des Höchstbetrages:

- a) 30% des Höchstbetrages bei einer finanziellen Leistungskraft von mehr als 30% über dem Landesdurchschnitt.
- b) 40% des Höchstbetrages bei einer finanziellen Leistungskraft von mehr als 20% bis einschließlich 30% über dem Landesdurchschnitt.

c) 50% des Höchstbetrages bei einer finanziellen Leistungskraft von mehr als 10 bis einschließlich 20% über dem Landesdurchschnitt.

d) 60% des Höchstbetrages bei einer finanziellen Leistungskraft von 0 bis einschließlich 10% über dem Landesdurchschnitt.

e) 70% des Höchstbetrages bei einer finanziellen Leistungskraft von weniger als 0 bis einschließlich 10% unter dem Landesdurchschnitt.

f) 80% des Höchstbetrages bei einer finanziellen Leistungskraft von weniger als 10 bis einschließlich 20% unter dem Landesdurchschnitt.

g) 90% des Höchstbetrages bei einer finanziellen Leistungskraft von weniger als 20% bis einschließlich 30% unter dem Landesdurchschnitt.

h) 100% des Höchstbetrages bei einer finanziellen Leistungskraft von weniger als 30% unter dem Landesdurchschnitt.

V. Verfahren

Die Gemeinden übermitteln die Daten (Personalkosten, Gruppenöffnungszeiten, Elternbeiträge) auf digitalem Weg (Eröffnungsmeldung, Abrechnungsformular) an das Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Bildung. Auf Aufforderung der Abteilung Bildung, Amt der Tiroler Landesregierung, sind schriftliche Belege betreffend diese Daten zu übermitteln.

Fördermittel sind widmungsgemäß sowie in wirtschaftlicher, sparsamer und zweckmäßiger Weise zu verwenden.

Die Gemeinden haben den Organen oder Beauftragten des Landes Tirol Einsicht in ihre Bücher und Belege sowie die Besichtigung der Kinderbetreuungseinrichtung an Ort und Stelle zu gestatten. Auch die erforderlichen Auskünfte sind zu erteilen.

Die Gemeinden haben dem Landesrechnungshof Einsicht in ihre Bücher und Belege zur Kontrolle der widmungsgemäßen, wirtschaftlichen, sparsamen und zweckmäßigen Verwendung der Fördermittel zu gestatten.

Alle Bücher und Belege sind bis zum Ablauf von zehn Jahren ab dem Ende jenes Jahres, in dem die Auszahlung der Fördermittel erfolgte, aufzubewahren.

VI. Rückabwicklung und Widerruf

Die Gemeinden haben die Fördermittel nach Aufforderung durch die Landesregierung sofort zurückzuerstatten bzw. verlieren den Anspruch auf Auszahlung bereits verbindlich zugesicherter aber noch nicht ausbezahlter Fördermittel, wenn:

a) Organe oder Beauftragte des Landes Tirol über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet wurden;

b) erforderliche Berichte oder Auskünfte nicht erstatet, oder Nachweise nicht erbracht wurden, sofern in diesen Fällen eine schriftliche, entsprechend befristete und den ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtsfolge der Nichtbefolgung enthaltene Mahnung erfolglos geblieben ist;

c) die Gemeinde erforderliche Kontrollmaßnahmen be- oder verhindert;

d) die Fördermittel ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet wurden;

e) die Bestimmungen des am 1. September 2010 in Kraft getretenen Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes nicht eingehalten werden oder

f) sonstige wesentliche Bestimmungen dieser Richtlinie vom Förderungswerber nicht eingehalten wurden.

VII. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit 1. Jänner 2011 in Kraft.

2.

Förderrichtlinie zur Finanzierung des Einsatzes von Stützkräften in Kinderbetreuungsgruppen mit Einzelintegration gemäß § 38c in Verbindung mit § 38 Abs. 2 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz

I. Gesetzliche Bestimmungen

1. Gemäß § 38 Abs. 2 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz hat das Land Tirol eine spezielle Förderung für den Einsatz von Stützkräften in Kinderbetreuungsgruppen mit Einzelintegration zu gewähren.

Gemäß § 38c Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz ist die Abwicklung der Beitrags- und Förderleistungen nach dem § 38 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz durch Richtlinien der Landesregierung näher zu regeln. Diese haben insbesondere nähere Bestimmungen über die Voraussetzungen, die Höhe und die Geltendmachung einschließlich der Vorlage erforderlicher Unterlagen, das Verfahren, die Auszahlungsmodalitäten sowie die Rückabwicklung und den Widerruf im Fall der Nichteinhaltung der gesetzlich oder in den Richtlinien bestimmten Voraussetzungen zu enthalten. Bei der Festsetzung der Höhe der speziellen Förderung nach § 38 Abs. 2 ist die finanzielle Leistungskraft des Erhaltes der Kinderbetreuungseinrichtung zu berücksichtigen.

2. Voraussetzung für die Förderung ist gemäß § 38 Abs. 4 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz, dass

a) die gesetzlichen Bestimmungen über die Gruppengröße und den Mindestpersonaleinsatz eingehalten werden,

b) die Kinderbetreuungseinrichtung nicht in Gewinnerzielungsabsicht betrieben wird,

c) die Kinderbetreuungseinrichtung zumindest während des gesamten Kindergartenjahres geöffnet ist sowie

die Einzelintegration von der Tiroler Landesregierung gemäß § 18 Abs. 2 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes genehmigt worden ist.

II. Ausführungsbestimmungen

Die Höhe des Beitrages zum Personalaufwand für Erhalter öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen richtet sich nach der finanziellen Leistungskraft der betreffenden Gemeinde. Die finanzielle Leistungskraft bestimmt sich nach dem Verhältnis der Abgabenertragsanteile der betreffenden Gemeinde im Sinne des Finanzausgleichsgesetzes 2008 zum Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile aller Tiroler Gemeinden. Die Höhe des Beitrages zum Personalaufwand beträgt folgenden Prozentsatz vom Gesamt (-brutto)-betrag des Personalaufwandes der Stützkraft:

a) 40% des Personalaufwandes bei einer finanziellen Leistungskraft von mehr als 20% über dem Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile.

b) 50% des Personalaufwandes bei einer finanziellen Leistungskraft von mehr als 10 bis einschließlich 20% über dem Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile.

c) 60% des Personalaufwandes bei einer finanziellen Leistungskraft von 0 bis einschließlich 10% über dem Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile.

d) 70% des Personalaufwandes bei einer finanziellen Leistungskraft weniger als 0 bis einschließlich 10% unter dem Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile.

e) 80% des Personalaufwandes bei einer finanziellen Leistungskraft von weniger als 10 bis einschließlich 20% unter dem Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile.

f) 90% des Personalaufwandes bei einer finanziellen Leistungskraft von weniger als 20% unter dem Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile.

Die Höhe des Beitrages zum Personalaufwand beträgt bei Erhalten privater Kinderbetreuungseinrichtungen 90% des Personalaufwandes.

Sollten die Personalkosten der Stützkraft vom AMS gefördert werden, so ist diese Förderung von der Landesförderung in Abzug zu bringen.

III. Förderanträge, Frist zur Geltendmachung der Förderung, Auszahlung

Anträge auf Gewährung einer Förderung sind von einer zur Vertretung des Erhalters berechtigten Person zu unterschreiben und, bei sonstigem Verlust des Anspruches, bis spätestens Ende August nach Ablauf jenes Kindergartenjahres, in dem die Stützkraft zum Zweck der Einzelintegration herangezogen wurde, beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Bildung, Heiliggeiststraße 7–9, 6020 Innsbruck, geltend zu machen.

Anträge haben zumindest folgende Angaben zu enthalten:

a) Gesamt(-brutto)-betrag des Personalaufwandes, inklusive der entsprechenden Lohnkontenblätter,

b) Name der Stützkraft,

c) Name des Kindes, auf das sich die Einzelintegration bezieht,

d) Zeitraum, in dem die Stützkraft tatsächlich herangezogen wurde,

e) Anzahl der Wochenstunden, für die die Stützkraft tatsächlich herangezogen wurde, und

f) allenfalls Bankverbindung des Erhalters (sofern diese beim Amt der Landesregierung, Abteilung Bildung, nicht bereits bekannt ist).

Dem Antrag ist ein Kontoauszug des Erhalters anzuschließen, aus dem die entsprechenden Zahlungsvorgänge nachvollziehbar hervorgehen.

Fördermittel werden spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Einlangen eines berechtigten und voll-

ständigen Antrages an die Bankverbindung des Erhalters zur Anweisung gebracht.

IV. Förderbedingungen

Der Förderungswerber hat den Organen oder Beauftragten des Landes Tirol Einsicht in seine Bücher und Belege sowie die Besichtigung der Kinderbetreuungseinrichtung an Ort und Stelle zu gestatten. Auch die erforderlichen Auskünfte sind zu erteilen.

Der Förderungswerber hat dem Landesrechnungshof Einsicht in seine Bücher und Belege zur Kontrolle der widmungsgemäßen, wirtschaftlichen, sparsamen und zweckmäßigen Verwendung der Fördermittel zu gestatten.

Alle Bücher und Belege sind bis zum Ablauf von zehn Jahren ab dem Ende jenes Jahres, in dem die Auszahlung der Fördermittel erfolgte, aufzubewahren.

V. Rückabwicklung und Widerruf

Der Förderungswerber hat die Fördermittel nach Aufforderung durch die Landesregierung sofort zurückzuerstatten bzw. verliert den Anspruch auf Auszahlung bereits verbindlich zugesicherter aber noch nicht ausbezahlter Fördermittel, wenn:

a) Organe oder Beauftragte des Landes Tirol über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet wurden;

b) erforderliche Berichte oder Auskünfte nicht erstattet, oder Nachweise nicht erbracht wurden, sofern in diesen Fällen eine schriftliche, entsprechend befristete und den ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtsfolge der Nichtbefolgung enthaltene Mahnung erfolglos geblieben ist;

c) der Förderungswerber erforderliche Kontrollmaßnahmen be- oder verhindert;

d) die Fördermittel ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet wurden;

e) die Bestimmungen des am 1. September 2010 in Kraft getretenen Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes nicht eingehalten werden oder

f) sonstige wesentliche Bestimmungen dieser Richtlinie vom Förderungswerber nicht eingehalten wurden.

VI. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt rückwirkend mit 1. September 2010 in Kraft.

3.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden 2010

Ertragsanteile an	Jänner-Dezember		Differenz	Änderung
	2009	2010		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	2009	2010		
	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	33.306.462	34.562.848	1.256.386	3,77
Lohnsteuer	184.968.961	184.296.662	-672.299	-0,36
Kapitalertragsteuer I	11.714.471	11.139.949	-574.522	-4,90
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	8.178.519	7.355.706	-822.814	-10,06
Körperschaftsteuer	39.456.025	39.663.770	207.745	0,53
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.097.978	463.121	-634.856	-57,82
Stiftungseingangssteuer	145.513	106.481	-39.032	-26,82
Bodenwertabgabe	685.059	601.650	-83.410	-12,18
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	279.552.989	278.190.187	-1.362.801	-0,49
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer* + x)	200.139.109	205.465.676	5.326.567	2,66
Abgabe von alkoholischen Getränken	1.314	1.148	-166	-12,60
Tabaksteuer	12.364.094	12.649.975	285.881	2,31
Biersteuer	1.803.533	1.816.207	12.674	0,70
Mineralölsteuer	36.385.878	36.130.631	-255.248	-0,70
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	1.191.736	1.208.269	16.532	1,39
Weinsteuer	1	0	-1	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	11.805	11.061	-744	-6,31
Kapitalverkehrsteuern	902.969	1.021.553	118.584	13,13
Werbeabgabe	3.700.783	3.786.729	85.946	2,32
Energieabgabe	5.819.978	6.912.089	1.092.110	18,76
Normverbrauchsabgabe	4.040.590	4.231.906	191.316	4,73
Grunderwerbsteuer	66.840.080	75.135.316	8.295.236	12,41
Versicherungssteuer	9.712.232	9.740.025	27.793	0,29
Motorbezogene Versicherungssteuer	13.223.874	13.855.377	631.502	4,78
KFZ-Steuer	518.670	517.168	-1.502	-0,29
Konzessionsabgabe	2.075.509	2.148.972	73.462	3,54
Summe sonstige Steuern	358.732.156	374.632.101	15.899.945	4,43
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	638.285.144	652.822.288	14.537.144	2,28
Kunstförderungsbeitrag	152.487	155.200	2.713	1,78
Summe ohne Zwischenabrechnung	638.437.631	652.977.488	14.539.857	2,28
Zwischenabrechnung**	7.157.398	-10.247.283	-17.404.681	-243,17
G E S A M T	645.595.029	642.730.205	-2.864.824	-0,44

*davon Getränkesteuerausgleich	54.618.991	56.108.303	1.489.312	2,73
**davon Getränkesteuerausgleich	576.135	-347.379	-923.514	-160,29
Summe	55.195.126	55.760.924	565.798	1,03
x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	3.166.016	3.010.016	-156.000	-4,93

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR NOVEMBER 2010

(vorläufiges Ergebnis)

	Oktober 2010 (endgültig)	November 2010 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	110,1	110,0
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	121,8	121,7
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	128,2	128,0
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	167,6	167,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	260,5	260,3
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	457,1	456,7
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	582,4	581,9
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	584,3	583,8

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat November 2010 beträgt 110,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Oktober 2010 um 0,1% rückläufig (Oktober 2010 gegenüber September 2010: 0,3%). Gegenüber November 2009 ergibt sich eine Steigerung um 1,9% (Oktober 2010/2009: + 2,1%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck